



EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

»Deutschland rückt nach links«. Groß, fett und rot stach neulich diese Schlagzeile der »Zeit« ins Auge. Wie schön. Aber der Gedanke wärmt nur kurz. Denn so einfach ist es leider nicht.

Deutlich wird es beim Mindestlohn. Die meisten Menschen wollen ihn, selbst die meisten CDU- und sogar FDP-Anhänger. Aber deren Vertreter in den Parlamenten fürchten in ihrer ideologischen Verbohrtheit den Mindestlohn wie nichts Zweites. Fadenscheinig fordern die Unions-Einpeitscher Kauder und Pofalla deshalb im Bundestag, dass EU-Arbeitnehmer nicht wie beschlossen 2009, sondern erst 2011 ins Land dürfen. Begründung: Deutschland könne beim Niedriglohn nicht mithalten und die Arbeitslosigkeit werde wieder steigen.

Alles Unsinn, alles vorgeschoben. Es geht ihnen nur darum, den Mindestlohn auszuhebeln – und gleichzeitig dieses Thema vom Wahlkampf 2009 fernzuhalten. Mindestlohn ist gerade bei offenen Arbeitsmärkten nötig und bedeutet Soziale Gerechtigkeit. Deshalb kämpfen wir Sozialdemokraten dafür.

Euer

Garrelt Duin

WIR HALTEN AM ATOMAUSSTIEG FEST

Wolfgang Jüttner: Dafür habe ich Krümmel und Brunsbüttel nicht gebraucht

Von Katrin Reich und Sven Wieduwilt

Im Juni 2007 waren die Bürgerinnen und Bürger der Samtgemeinde Elbmarsch Zeugen einer schwarzen Rauchwolke über dem AKW Krümmel. Ein Kurzschluss hatte einen Brand im Transformatorhaus ausgelöst und die automatische Reaktorschnellabschaltung eingeleitet.

Die Bevölkerung in der Elbmarsch wurde über diesen Störfall zu spät und unzureichend informiert. Nicht zuletzt deswegen, löste die Rauchwolke Angst aus und ließ Erinnerungen wach werden: Anfang der 90er Jahre kam es zu

Wolfgang Jüttner, Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD, suchte vor Ort das Gespräch mit der Bürgerinitiative, um sich über die Vorfälle und deren Folgen zu informieren. Dr. Sebastian Pflugbeil, Präsident der Gesellschaft für Strahlenschutz e.V. und Mitglied der Bürgerinitiative, machte deutlich, dass schon im Jahr 1986 im Atomkraftwerk Krümmel etwas passiert sein muss. Er begründet das mit dem gehäuften Auftreten von Leukämiefällen in den Jahren 1990/91. Erwiesenermaßen dauert es 4–5 Jahre, bevor die Krankheit ausbricht.



einer starken Häufung von Leukämieerkrankungen bei Kindern in der Region. Offiziell ist die Ursache hierfür nach wie vor ungeklärt, verschiedene Gutachten kommen zu unterschiedlichen Ergebnissen. Fest steht, dass es in der Elbmarsch eine weltweit einmalig hohe Rate von Leukämieerkrankungen bei Kindern und Jugendlichen gibt. Fest steht, dass im Boden Material gefunden wurde, das da nicht hingehört.

Bei einer Anhörung im Landtag im April dieses Jahres herrschte in allen Parteien Einigkeit darüber, dass die Vorfälle in der Elbmarsch weiter untersucht werden müssen. »Ich appelliere an die Landesregierung und die Ausschussmitglieder, das Thema nicht weiter zu verschieben«, so Sabine Brosowski von der Bürgerinitiative. »Es ist eine enorme Be-

Fortsetzung auf Seite 2

» Das Bundesforschungsministerium muss die Archive öffnen.«

Wolfgang Jüttner

Wolfgang Jüttner: Klare Worte auf belastetem Boden.

Foto: Astis Krause

SOMMERREISEN

Impressionen von Wolfgang Jüttners und Garrelt Duins Sommerreisen auf den Seiten 4 und 5.

Niedersachse gerechter.

FORTSETZUNG VON SEITE 1

lastung, an einem Risikostandort mit der ungeklärten Häufung von Leukämiefällen zu leben!«

Doch das ist noch nicht alles. Immer wieder werden am Elbufer unterhalb von Krümmel Kügelchen gefunden, die offenbar aus dem Kühlsystem einer kerntechnischen Anlage stammen. Wie sie dort hin gelangen, ist bisher ungeklärt.

Für Wolfgang Jüttner ist unstrittig, dass etwas passieren muss. Es kann nicht angehen, dass die Bewohner der Elbmarsch hier eine Art Indizienprozess führen müssen. Auch die aktuellen Fälle im Juni haben gezeigt, dass neue Regelungen zur Informationspflicht notwendig sind – und zwar länderübergreifend. »Das Bundesforschungsministerium

muss die Archive öffnen und das Schweigen brechen, damit Gewissheit besteht über die Vorfälle im Jahr 1986«, so Jüttner weiter. Wolfgang Jüttner stellt klar: »Ich habe die Vorfälle in Krümmel und Brunsbüttel nicht gebraucht, um am Atomausstieg festzuhalten. Ich bleibe dabei: Ausstieg aus der Atomenergie und keine Laufzeitverlängerungen.« ■

GERECHTERE POLITIK STATT MOGELPACKUNGEN

Beim Thema »Soziale Gerechtigkeit« ist die SPD für den Kampf um die Deutungshoheit mit der CDU gewappnet

Von Garrelt Duin



» Wo von der Leyen draufsteht sind Oettinger und Stoiber drin.«

Garrelt Duin

Wolfgang Jüttner und Garrelt Duin streiten gemeinsam für einen Mindestlohn.

Foto lopo

» Mindestlohn, Mitbestimmung und Kündigungsschutz sind für uns unumstößlich.«

Garrelt Duin

Unser verehrter alter Arbeitsminister Herbert Ehrenberg hat in seinem schönen ostpreußischen Zungenschlag oft gesagt: Was immer wir beschließen, »es muss gerecht sein«. Daran hat sich bis heute nichts geändert. Auch in unseren Köpfen nicht. Soziale Gerechtigkeit war immer der Leitsatz sozialdemokratischer Politik.

Eine große Mehrheit der Deutschen sieht dies genau so und setzt den Wert »Soziale Gerechtigkeit« an die erste Stelle ihrer Wünsche an die Politik. Das ist kein Wunder, denn eine entfesselte Wirtschaft rast um die Welt. Sie bringt vielen Menschen Vorteile, hinterlässt aber auch schmerzliche soziale Schleifspuren und führt sogar zu sozialen Verwerfungen.

Die SPD hat sich nach einer Zeit der Orientierung darauf eingestellt. Mindestlohn, Mitbestimmung oder Kündigungsschutz gehören für uns unumstößlich zur sozialen Marktwirtschaft.

Wir lassen nicht zu, die Marktwirtschaft um das Soziale zu leeren. Trotzdem: Es geht um die Deutungshoheit, was sozial, gerecht und modern ist.

Der Gegner schläft nicht. CDU und CSU machen sich daran, der SPD die gewohnte Vormachtrolle für Gerechtigkeit und Moderne streitig zu machen. Diesem Wettbewerb stellen wir uns. Wir dürfen aber nicht allein darauf vertrauen, dass die Menschen es schon von selbst erkennen, wer die besseren und moderneren Rezepte hat.

Die CDU, genauer: ein lautstarker Teil von ihr, will aus der konservativ-rückständigen Ecke heraus. Sie will auch für Frauen attraktiv werden. Aber mit Mogelpackungen darf ihr das nicht gelingen. Wo von der Leyen und Krippenplätze draufsteht, sind Oettinger und Stoiber drin. Denn die beiden konservativen und mächtigen Ministerpräsidenten pochen auf die »Herdprämie« und führen so die Idee der Krippenplät-

ze ins Absurde. Sie und weite Teile der CDU/CSU hängen unbeirrt einem total veralteten Familienbild an. Dabei beschränkt sich Familienpolitik längst nicht mehr auf die klassische Familie, wie Renate Schmidt es in der Regierung Schröder eindrucksvoll bewiesen hat. Neben der Familie gibt es andere Lebensformen, die gleichberechtigt sind.

Mit Familienpolitik beginnt fast gleichzeitig die Bildungspolitik, ebenfalls eine klassische Domäne der SPD. Ohne die SPD würde noch heute ein Arbeiterkind höchstens von der sozialen Gnade eines Reichen studieren. Niedersachsen ist ein Beispiel dafür, was die CDU unter Sozialer Gerechtigkeit und Chancengleichheit versteht. Wir reden hier gar nicht davon, dass Wulff das Blindengeld schon einmal abgeschafft hatte, sondern von Bildungs- und Familienpolitik. Die Regierung Wulff führte wieder ein steinzeitliches Drei-Klassen-Schulsystem ein. In keinem anderen Bundesland werden Schulkinder so früh gesiebt wie hier. Bei den ganz Kleinen ist nicht einmal Sieben und Sortieren möglich, denn Niedersachsen steht bei den Krippenplätzen an letzter Stelle in Deutschland. Es hat fast keine.

Die SPD im Bund wird im nächsten Monat in Hamburg ihr neues modernes Grundsatz-Programm verabschieden. Wir in Niedersachsen dokumentieren unsere Vorstellungen im Wahlprogramm für Januar 2008. Ob Soziales, Wirtschaft, Bildung, Umwelt, Finanzen oder demokratische Gesellschaft – wir können uns damit bestens sehen lassen. Wir dürfen es auch laut sagen. Denn unsere Politik ist, wie Herbert Ehrenberg es verlangt: »Gerecht.« ■

Impressum

Herausgeber: SPD Niedersachsen
 Verantwortlich: Dr. Frank Wilhelmy
 Redaktion: Lothar Pollähne,
 Katrin Reich, Dunja Rose
 Anschrift: Odeonstraße 15/16
 30159 Hannover
 E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de
 Layout & Satz: Anette Gilke
 mail@AnetteGilke.de

ZEHN GUTE GRÜNDE, SPD ZU WÄHLEN

Von Swantje Hartmann

Landesregierung und Landtag müssen für lebendige und leistungsstarke Städte und Gemeinden sorgen. Dafür sind sie gesetzlich verantwortlich. Die SPD bekennt sich zu dieser Verantwortung. Allein deshalb gibt es

ZEHN GUTE GRÜNDE, UM BEI DER NÄCHSTEN LANDTAGSWAHL SPD ZU WÄHLEN:

1. Die Regierung Wulff hat den Städten und Gemeinden 2005 und 2006 im so genannten Kommunalen Finanzausgleich 300 Millionen Euro weniger als vorher überwiesen. 2007 hat sie die Summe mit Blick auf die Landtagswahlen zwar wieder angehoben – zahlt den Kommunen unter dem Strich aber immer noch 100 Millionen Euro weniger. Dieses Geld fehlt ihnen bitter. Die SPD wird den Finanzausgleich für die Kommunen wieder auf die alte Höhe bringen. Wir wollen, dass sie endlich wieder mehr Geld für Schulen, Kindergärten und Sportstätten haben.

2. Kreise, Städte und Gemeinden müssen sich immer mehr Geld von der Bank borgen. Die Summe der Kassenkredite stieg beträchtlich seit Antritt der Regierung Wulff. Vielen Kommunen mangelt es deshalb an Geld für Sport, Kultur und Soziales. Einst lebendige und attraktive Städte und Gemeinden verlieren ihre Dynamik und leben von der Hand in den Mund. Das wird die SPD ändern.

3. Das Land investiert kaum noch. Seine Investitionsquote dümpelt seit Jahren bei 7 Prozent. Ein historisch niedriger Stand im Vergleich zu anderen Bundesländern. Gibt das Land weniger aus, leiden automatisch die Kommunen. Die SPD wird deshalb wieder mehr investieren.

4. Die Regierung Wulff beteiligt sich nicht mehr am Programm »Stadtumbau West« und hat das Programm »Soziale Stadt« ausgesetzt. Die 23,7 Millionen Euro für den »Stadtumbau West« hätten Gesamtinvestitionen von mehr als einer halben Milliarde Euro ausgelöst, weil Bund und Kommunen sich beteiligt hätten. Rechnet man die 450 Millionen Euro hinzu, die das Programm »Soziale Stadt« an öffentlichen und privaten Investitionen auslösen würde, verlieren Niedersachsen und seine Kommunen



Richtungsweisende Politik für Niedersachsens Kommunen mit der SPD.

Foto: lopo

rund 910 Millionen Euro. Eine Summe, die vor allem der Bauwirtschaft einen Schub gegeben hätte. 2008 nimmt die Regierung den »Stadtumbau West« wieder in den Haushalt. Eine richtige, aber offensichtlich nur wahltaktische Entscheidung. Die SPD wird die Programme wieder im Haushalt verankern.

5. Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen. Dieses so genannte Konnexitätsprinzip hat die Regierung Wulff erst nach massivem Druck der SPD wieder in Kraft gesetzt. Sehr spät, denn da waren die für Kommunen teuren Reformen der Schule, der Polizei und in der Verwaltung schon umgesetzt. Die Regierung Wulff praktiziert einen Taschenspieler-Trick: Sie lässt die Kommunen immer noch für Aufgaben des Landes zur Ader. Denn mit den 100 Millionen Euro, die das Land ihnen im Finanzausgleich aus der Tasche gezogen hat, bezahlen die

Kommunen den Großteil der Zuschüsse des Landes für das gebührenfreie Kindergartenjahr. Genau sind es fünf Sechstel von 120 Millionen Euro, die das Land dafür ausweist. Die SPD wird wieder Ernst machen mit dem bewährten Prinzip: Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen.

6. Trinkwasser, Nahverkehr, Müllabfuhr und Kanalisation gehören nicht in Privathände. Nur kommunale Betriebe sorgen hier für sozial gerechte und erschwingliche Preise und Gebühren. Weil sie nicht auf maximalen Gewinn aus sind.

7. Allein sind Landkreise, Städte und Gemeinden mit einer wirksamen Wirtschaftsförderung oft überfordert. Zusammenarbeit tut not. Die SPD unterstützt dies. Wir werden die Zusammenarbeit jedoch nicht verordnen, sondern Landkreise und Kommunen unterstützen, die von sich aus gemeinsam etwas unternehmen wollen. Dafür werden wir auch Anreize bieten.

8. Die SPD wird die Polizeireform der Regierung Wulff überall dort rückgängig machen, wo diese eine gute Arbeit der Polizisten gefährdet. Zum Beispiel wird es mit uns keine langen Anfahrtswege zum Tatort mehr geben. Wir wollen die Polizei an Ort und Stelle haben.

9. Die Verwaltungsreform der CDU/FDP-Landesregierung hat zahlreiche und unübersichtliche Behörden geschaffen. Die SPD wird diese wieder bürger- und ortsnah ausrichten. Alles was vor Ort besser entschieden werden kann, soll dort entschieden werden.

10. Die SPD stärkt und unterstützt das Ehrenamt. Die CDU/FDP-Landesregierung hingegen kürzt die Zuschüsse für das Ehrenamt – nicht nur im Sport, sondern in allen Bereichen. Das wird die SPD wieder zum Besseren wenden. ■



Swantje Hartmann, MdL

Die kommunalpolitischen Ziele der SPD-Niedersachsen können vollständig nachgelesen werden im Landtagswahlprogramm unter www.spd-niedersachsen.de.

»MEIN NIEDERSACHSEN«

Im Rahmen seiner Sommerreise besuchte SPD-Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner über 70 Orte in Niedersachsen

Von Dunja Rose und Sven Wieduwilt

Unter dem Motto »Mein Niedersachsen« tourte Wolfgang Jüttner insgesamt drei Wochen lang durch Niedersachsen. Vom Harz bis an Meer, von der holländischen Grenze bis ins Wendland – Der Spitzenkandidat der SPD machte in vielen klei-

litik, Industrie- und Produktionsstandorte in Niedersachsen, städtebauliche Förderung sowie prämierte Existenzgründungen, Folgen des demografischen Wandels, integrative Kinderbetreuungskonzepte und Auswirkungen einer möglichen Bahnprivatisierung.

Wolfgang Jüttner nutzte die Besuche und die vielen Gespräche, um sich über die Lage, Entwicklung, Perspektiven – aber auch Probleme – der Unternehmen und Einrichtungen sowie deren Beschäftigten zu informieren. »Die Unternehmen, sozialen Einrichtungen und Projekte zeigen, welche Potenziale dieses Land bietet. Sie zeigen auch, vor welchen Problemen und Herausforderungen dieses Land steht. Diese werden wir nach der Landtagswahl mit einer sozial-

demokratischen Landesregierung als erstes angehen«, so Wolfgang Jüttner im Rückblick auf seine Sommerreise.

Seit zehn Jahren geht Wolfgang Jüttner auf Sommerreise. Viele spannende Ziele und Projekte stehen noch aus, Neue kommen hinzu. Vom kommenden Jahr an wird Wolfgang Jüttner sie als neuer Ministerpräsident des Landes Niedersachsen besuchen. ■

Die gesamte Reise wurde in Form eines Tourtagebuchs dokumentiert. Auf der Internet-Seite von Wolfgang Jüttner finden sich unter dem Stichwort »Mein Niedersachsen« ein kompletter Bericht sowie zahlreiche Bilder der Reise.
www.wolfgang-juettner.de



Wohin er sich auch wendet: Wolfgang Jüttners Richtung stimmt. Foto: Astis Krause

neren und größeren Orten der Region halt. Er besuchte Menschen, Orte, Firmen und Institutionen, ging in den Dialog, informierte sich über Themen und hatte ein offenes Ohr für die Bedürfnisse der Menschen.

Dabei ging es um so unterschiedliche Themen wie Modellprojekte im Bildungswesen, regionale Wirtschaftsförderung, neue Energiekonzepte, erfolgreiche Programme im Bereich Sozialpo-



Kinderfreundlich, sozialdemokratisch, gut: Wolfgang Jüttner zu Besuch in der Vorzeigegemeinde Lengede. Foto: Tatjana Talic



Premiere für Wolfgang Jüttner: Gemeinsam mit Sigmar Gabriel, Kurt Beck und Garrelt Duin besuchte der SPD-Spitzenkandidat den Nutzfahrzeug-Hersteller MAN in Salzgitter. Die LKW- und Bus-Schmiede muss sich in einem hart umkämpften internationalen Markt behaupten. Da die Bus-Sparte verlagert werden könnte, daher drehten sich die Gespräche um die Sicherung der Arbeitsplätze.

Foto: lopo

ROT, LECKER UND GUT JUTTA RÜBKES »ROTES KANINCHEN«

Ein Kaninchen von etwa drei Pfund Gewicht waschen und häuten. Den Rücken in vier, die Läufe in jeweils zwei Teile schneiden. Mit Salz, Pfeffer, Thymian und Rosmarin würzen.

125 g durchwachsenen Speck würfeln und ausbraten. Dann vier gewürfelte Zwiebeln hinzugeben und dünsten. Das Kaninchenfleisch darin anbraten. Eine Flasche guten Rotwein und einen zerdrückten Brühwürfel hinzugeben. Zugedeckt etwa 70 Minuten lang garen. 500 g kleine

Champignons säubern und mit einem Esslöffel Tomatenpaprikastreifen hinzugeben. Weitere 10 Minuten ziehen lassen.

Die Soße mit einem Esslöffel angerührtem Mehl binden. Mit Salz, Pfeffer und Cayennepfeffer abschmecken und zum Servieren mit Schnittlauchröllchen dekorieren. Vier Personen werden davon satt. Zur Rotweinsauce werden Salzkartoffeln gereicht. Das angesagte Getränk sollte mindestens so gut sein, wie der Wein in dem das rote Kaninchen gebadet hat. ■

FÜR WOLFGANG JÜTTNER DURCH NIEDERSACHSEN

Von Dennis Lichtenstein

Um den SPD-Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner bei der kommenden Landtagswahl zu unterstützen, packte der Landesvorsitzende seine Koffer:

Im August stieg Garrelt Duin als Wahlkämpfer in seinen Bus und brach zur Sommerreise durch Niedersachsen auf. Persönlich brachte er die Politik der SPD zu den Bürgerinnen und Bürgern in seinem Bundesland und zeigte ihnen, weshalb es sich lohnt, im kommenden Januar für die Sozialdemokratie abzustimmen.

Gebührend gefeiert wurde der Reisebeginn auf dem SPD-Familienfest am 13. August in Anwesenheit von Parteichef Kurt Beck und Spitzenkandidat Wolfgang Jüttner.

Danach startete Duin seine insgesamt drei Wochen andauernde Rundfahrt. Er besuchte mit seinem Team die Kandidatinnen und Kandidaten in ihren Wahlkreisen und suchte das Gespräch mit der Bevölkerung vor Ort. Dabei führt ihn sein Weg quer durchs gesamte Bundesland: Nach dem Start in Hannover befanden sich Braunschweig, Delmenhorst und Aurich mit auf seiner Route, auch Bückeburg und Bad Harzburg steuerte er an.

Unterwegs besichtigte Duin Betriebe, die – wie MAN in Salzgitter – wichtige Stützen der niedersächsischen Wirtschaft darstellen, und führte Gespräche mit Betriebsräten, Unternehmensführung und Mitarbeitern. Mit ihnen diskutierte er Möglichkeiten einer besseren Investitions- und Wirtschaftsförderung in Niedersachsen.

Außerdem besuchte Garrelt Duin ausgewählte Schulen und Kindertagesstätten, um dort die Bildungspolitik der SPD zu diskutieren und die Notwendigkeit des gebührenfreien Kindergartens deutlich zu machen. Auch die Arbeit verschiedener sozialer Einrichtungen sah er sich aus der Nähe an.

Ein wesentliches Thema seiner Reise war darüber hinaus die Energiegewinnung: Mit dem Bioenergiedorf Jühnde besichtigte Duin ein Pilotprojekt in Deutschland. Hier wird ein ganzes Dorf auf der Basis von Biomasse mit Wärme versorgt und der benötigte Strom umweltfreundlich über nachwachsende Rohstoffe erzeugt.

Im Windpark Norderland in Westerholt ließ er sich die Windanlage vorführen und unterhielt sich mit den

Geschäftsführern über die Chancen regenerativer Energien.

Abgerundet wurde die Sommerreise durch einen Besuch beim Bundeswehrstandort Bückeburg und einem Besuch in der Gedenkstätte Bergen-Belsen. Als er die Fahrt am 31. August abschloss, zeigte sich Duin sehr zufrieden über das

rege Interesse der Bevölkerung und vom Austausch mit seinen vielen abwechslungsreichen Gesprächspartner.

Nach der Niedersachsentour soll jetzt zu einer ebenso erfolgreichen Landtagswahl durchgestartet werden – und zu einem Wahlsieg Wolfgang Jüttners. ■



» Ich freue mich über die vielen Begegnungen und Eindrücke, die ich gewinnen konnte. «

Garrelt Duin

Bedrückend und beeindruckend: Garrelt Duin und Begleitung in der Gedenkstätte Bergen-Belsen.

Foto: Nils Hilmer

»NIEDERSACHSENGERECHTER«

Einberufung des außerordentlichen SPD-Landesparteitages für
Samstag, den 10. November 2007, Beginn 10.00 Uhr
Tagungsort: Weser-Ems-Halle, Oldenburg

Vorläufige Tagesordnung:

- Eröffnung und Begrüßung
- Grußworte
- Konstituierung des Parteitages
- Rede des SPD-Landesvorsitzenden Garrelt Duin, MdB
- Rede des rheinland-pfälzischen Ministerpräsidenten und SPD-Parteivorsitzenden Kurt Beck
- Rede des SPD-Fraktionsvorsitzenden und Spitzenkandidaten Wolfgang Jüttner, MdL
- Bericht der Mandatsprüfungskommission
- Antragsberatung

- Beschluss des Wahlprogrammes der niedersächsischen SPD zur Landtagswahl
- Schlusswort

Antragsschluss für den außerordentlichen Landesparteitag ist der 10. Oktober 2007.

Garrelt Duin, MdB (Landesvorsitzender)
Petra Emmerich-Kopatsch, MdL (Stellv. Vorsitzende)
Swantje Hartmann, MdL (Stellv. Vorsitzende)
Hauke Jagau (Stellv. Vorsitzender)
Daniela Krause-Behrens, MdL (Stellv. Vorsitzende)
Dieter Möhrmann, MdL (Schatzmeister)
Dr. Frank Wilhelmy (Landesgeschäftsführer)

SGK-FACHTAGUNG IN VERDEN AM 28. SEPTEMBER

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Niedersachsen e.V. (SGK) veranstaltet am 28. September 2007 ab 16.00 Uhr eine Fachtagung zum Thema »Städte und Gemeinden im ländlichen Raum – Garanten für Niedersachsens Zukunft«. Die Entwicklung des ländlichen Raumes ist ein Schwerpunktthema des Wahlkampfes der SPD zur Landtagswahl 2008. Hauptreferent der SGK-Fachtagung ist Wolfgang Tiefensee, Bundesminister für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung. Zudem wird es eine Gesprächsrunde mit Wolfgang Jüttner, dem Spitzenkandidaten der SPD zur Landtagswahl 2008, geben. Es sind alle SPD-Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker herzlich eingeladen teilzunehmen.

Infos und Anmeldung unter www.sgk-niedersachsen.de.

KLARE SACHE: DER WINTER WIRD ROT!

Jusos wollen auch in diesem Wahlkampf wieder die größte Jugendwahlkampfinitiative stellen.



Junge Teams auf der roten Erfolgsspur

Foto: Lene Münch

Sie sind wieder da! Kurz nachdem die Jusos Niedersachsen beschlossen haben, auch in diesem Landtagswahlkampf in den Wahlkreisen wieder Junge Teams zu gründen, gab der Besuch des Parteivorsitzenden Kurt Beck den Anlass für ihr

erstes Zusammenkommen. Dabei kamen mehr Junge Teamler in die Wahlkampfzentrale, als in die Veranstaltungsräume der BASIS 08 reinpassten.

»Das war eine super Aktion«, so Roman Engwer, Juso-Funktionär aus Hannover, »Jetzt steht fest: der Winter wird rot!«. Anschließend ging es gemeinsam mit Kurt Beck, Wolfgang Jüttner und Garet Duin auf das ebenso gut besuchte Sommerfest der SPD Hannover, wo die Jungen Teamler mit den vielen anderen Gästen das Bühnenprogramm genossen.

Der Tag hat gezeigt: Die Gründung der Jungen Teams ist im vollen Gange. Die Jusos laden jetzt alle jungen Leute ein, sich für soziale Gerechtigkeit in Niedersachsen zu engagieren. So wird es zum Beispiel viele Aktionen gegen die von Wulff eingeführten Studiengebühren, wie auch die Abschaffung der Lernmittelfreiheit geben. »Was im Bereich der Bil-

dungspolitik, einem der Hauptfelder von Landespolitik, passiert, ist ein sozialpolitisches Desaster«, so der Juso Landesvorsitzende Wiard Siebels. »Wer da nur zugeht, nimmt in Kauf, dass Kindern von Eltern ohne dicken Geldbeutel zukünftig der Weg zu höheren Schulen verwehrt bleibt.« In Planung sind sowohl möglichst viele Aktionen in den Wahlkreisen, wie auch vernetzte Aktionen von verschiedenen Jungen Teams.

Alle Interessierten sind herzlich eingeladen, projektbezogen mitzumachen, eigene Ideen einzubringen und ihre/n Kandidaten/-in auf viele spannende Veranstaltungen zu begleiten. Ein landesweiter Verteiler wird über alle Aktionen informieren. ■ *eb.*

Für die Aufnahme in den Verteiler und weitere Infos, Fragen, Hinweise schickt eine E-Mail an tommi.krueger@spd.de oder ruft in der BASIS an: 0511.30034911.

RUND UM DIE UHR GEÖFFNET

Vom 10. auf den 11. August führten die Braunschweiger Jusos in diesem Jahr ihre jährliche »24-Stunden-Aktion« durch. Rund um die Uhr informierten sie zu den Themen »Mindestlohn«, »4. IGS in Braunschweig« und »Alternative Energien«.

Die »24-Stunden-Aktion« der Braunschweiger Jusos in der SPD begann am Freitag um 16.00 Uhr auf dem Kohlmarkt und endete nach 24 Stunden am Sonnabend um 16.00 Uhr. »Unser Ziel war es wieder, einen Stand rund um die Uhr besetzt zu halten, um unsere Positionen in wichtigen Politikfeldern den Bürgern zu präsentieren und mit den Menschen ins Gespräch zu kommen«, erklärte der Juso-Vorsitzende William Labitzke die gemeinsame Aktion der Jusos mit der SPD und der SPD-Ratsfraktion in Braunschweig.

Dabei wollten die Jusos die 24 Stunden nutzen, um auf die Themen »Mindestlohn«, »4. IGS in Braunschweig« und »Alternative Energien« aufmerksam zu machen. »Diese Politikfelder liegen uns momentan besonders am Herzen. Wir werden auch im kommenden Landtagswahlkampf verstärkt deutlich machen, dass die SPD hier die besten Antworten hat«, so Labitzke weiter.

Auch die drei Braunschweiger SPD-Landtagskandidaten Kirsten Kemper (Wahlkreis 1, BS-Nord), Klaus-Peter Bachmann, MdL (Wahlkreis 2, BS-Süd) und Dietmar Schilff (Wahlkreis 3, BS-West)

und die Braunschweiger Bundestagsabgeordnete Dr. Carola Reimann waren am Stand mit dabei und stellten die Positionen der SPD auf Kommunal-, Landes- und Bundesebene vor. »Es macht Spaß, mit den Bürgern einmal auch zu ungewöhnlicher Stunde über Politik zu diskutieren. Wir merken immer mehr,

dass unsere Ideen gut bei den Menschen ankommen«, schilderte Landtagskandidat Dietmar Schilff seine Eindrücke.

Am Samstag um 16.00 Uhr war das Ziel für die Jusos erreicht: »Es war anstrengend, aber es hat vor allem wieder viel Spaß gemacht«, erklärte Juso-Chef William Labitzke. ■ wl/sk



Erschöpft, aber glücklich: Braunschweiger Dauer-Aktivisten.

Foto: lopo

NEUE SPD-MITGLIEDER FÜR NIEDERSACHSENGERECHTERE POLITIK GEWINNEN

Die vier niedersächsischen SPD-Bezirke und der Landesverband haben sich auf eine gemeinsame Werbeinitiative verständigt, in der sie vom 30. Juni 2007 bis zum 31. Mai 2008 insgesamt 3.333 neue Mitglieder für die politische Arbeit in der SPD gewinnen wollen.

Seit Anfang des Jahres sind bereits 940 neue Mitglieder aufgenommen worden. Davon sind alleine fast 200 seit dem Landesparteitag am 30.6., dem Startpunkt der Werbeinitiative Mitglied geworden. Zurzeit hat die niedersächsische SPD ca. 73.000 Mitglieder.

Neben den bekannten Werbematerialien wird es ein selbst gestaltbares Werbeflugblatt für die SPD-Gliederungen und die KandidatInnen für die Land-

tagswahl geben. So ist es möglich, eine sehr persönliche und auf die jeweilige Region, Kommune oder den Wahlkreis ausgerichtete Ansprache zu erstellen. Sie dient gleichzeitig der Information über die politischen Ziele, die Angebote und Ansprechpartner vor Ort.

Anreize und Belohnungen für die aktivsten Gliederungen und Einzelwerberinnen und -werber stellen die SPD-Bezirke zur Verfügung. Hilfestellungen und Austausch in Form von gemeinsam durchgeführten Workshops und Kurztrainings sind ebenso über die SPD-Bezirke erhältlich und möglich.

Nach erfolgreicher Werbung bleibt die wichtigste Aufgabe die Aufnahme und das »Willkommen heißen« in die

politische Arbeit. Die SPD muss zeigen, dass die gewonnenen Mitglieder nicht nur für eine gute Mitgliederzahl einer starken SPD sorgen, sondern ein Gewinn für unsere politische Arbeit und die innerparteiliche und öffentliche Meinungsbildung in der Zukunft sind. Ein Hausbesuch, die Überreichung des Neumitgliederordners mit allen wichtigen Erstinformationen, Willkommensabende des Ortsvereins, Seminare zum Einstieg etc. sind wichtige Angebote, um für das neue Mitglied einen erfolgreichen Einstieg zu ermöglichen.

■ Stefan Schostok

Alle Infos, Angebote und weitere Tipps sind auf der Website eintreten.spdnds.de nachzulesen.

VORWÄRTS RÄTSEL

Schon als Kind zeichnet sie sich durch ihren ausgeprägten Gerechtigkeitssinn aus. Einen von Mitschülern gehänselten Lehrer stellt sie unter ihren persönlichen Schutz und sagt: »Wer ihn noch einmal hänselt, bekommt es mit mir zu tun.«

Dass sie Lehrerin wird, ist für eine junge Frau aus gutem Hause nicht ungewöhnlich. Auch zur Schauspielerin und Fotografin lässt sie sich ausbilden. Mit 40 Jahren schließlich beginnt sie in Zürich ein Jura-Studium, das sie mit einer Doktorarbeit über den »Ursprung der Volksvertretung in England« abschließt.

Zurück in Deutschland beteiligt sie sich an der Diskussion über das Bürgerliche Gesetzbuch, das sie nach dessen Inkrafttreten als »heuchlerisches Männerrecht« bezeichnet.

Bis 1914 gibt sie in München die »Zeitschrift für Frauenstimmrecht« heraus. Die radikale Pazifistin engagiert sich in der Bayerischen Räterepublik. Während des Hitler-Ludendorff-Putsches steht sie auf der Liquidations-Liste. 1933 flieht sie vor den Nazis nach Zürich, wo sie 1943 stirbt. Geboren wurde sie am 22. September 1857 in Verden an der Aller.

Wer war's? Es winkt eine Biografie der großen deutschen Frauenrechtlerin. ■ lopo

vorwärts
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Lösung aus vorwärts
Juli/August 2007
Gesucht war Clara Zetkin.
Ihr Buch über die
Frauenbewegung geht an
Jörg Grube in Göttingen.

SÜDSTÄDTER KULTURTIPP

Hannovers Friedhöfe sind Oasen der Erinnerung und immer einen Besuch wert. In Stöcken, mit Blick auf einen See, liegt Hinrich Wilhelm Kopf, in Ricklingen hat Kurt Schumacher seine letzte Ruhestätte gefunden und auf dem Engesohder Stadtfriedhof der nicht unumstrittene Gustav Noske und der fast vergessene Theodor Liebknecht. Beide haben seit Anfang Juli eine neue Adresse: die »Orli Wald-Allee«.

Mit der Umbenennung eines Teils der Alten-Döhrener-Straße ist ein jahrelanger, mitunter fast aussichtslos erscheinender Kampf für die Ehrung einer außergewöhnlichen Frau zu einem guten Ende gekommen. Von ihrem ersten Ehemann 1936 an die Nazis verraten, verbrachte Orli (Aurelia) Wald die

Nazi-Jahre bis zur Befreiung in Zuchthäusern, Konzentrations- und Vernichtungslagern. 1942 wurde sie aus dem KZ Ravensbrück nach Auschwitz transportiert.

Im neu errichteten Frauenlager musste sie im »Krankenbau« arbeiten. Dort erhielt sie von ihren Mithäftlingen wegen ihrer mutigen und selbstlosen Hilfe den Ehrennamen »Engel von Auschwitz«. Dies ist heute auf der Legende des Straßenschildes am Engesohder Friedhof in Hannover zu lesen, wo in der Friedhofsverwaltung ein Falblatt über die Lebensgeschichte dieser ungewöhnlichen Frau vorgehalten wird.

Nach dem KZ-Martyrium ging Orli Wald zunächst in die SBZ, wo sie ihren zweiten Mann Eduard Wald kennen lern-



Erinnerungen an Orli Wald erscheinen Ende dieses Jahres unter dem Titel »Der dunkle Schatten«.

te. Dann zogen beide aus Protest gegen stalinistische Verbrechen in den Westen. Die beiden ehemaligen KPD-Mitglieder traten in Hannovers Südstadt der SPD bei. 1962 hätte Orli Wald im Frankfurter Auschwitz-Prozess aussagen wollen. Sie starb am 1. Januar 1962 an Auschwitz..

Die Ironie der Geschichte wollte es, dass Orli Wald 1984 in Hannover-Wettbergen mit einer Straßen-Benennung »geehrt« worden war, die den Namen ihres ersten Mannes trägt. Nach über 20 Jahren ist es Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten um Manfred Menzel gelungen, eine Straße in der Südstadt Hannovers nach Orli Wald zu benennen. An der Orli Wald-Allee hat auch der »Engel von Auschwitz« ihre letzte Adresse: Abt. 44/83. ■

WWW.WACKEL-WULFF UND WIRKLICHKEIT

Seinem Ruf als »Wackel-Wulff« hat der amtierende niedersächsische Ministerpräsident auch beim Nichtraucherschutz alle Ehre gemacht.

Seit dem 1. August 2007 ist das neue Gesetz nun endlich in Kraft. Dem Druck aus dem Lande, aus den eigenen Reihen und seitens der Kanzlerin konnte er nicht Stand halten. Das Hin und Her hat allerdings für Ärger gesorgt, dass es nur so raucht.

Die niedersächsische SPD hat den »Ehrentitel Wackel-Wulff« aufgegriffen und im Internet mit virtuellem Leben erfüllt. Dort agiert ein leibhaftiger Wackel-Wulff zum Beispiel mit rauchenden Ohren. Je nach Thema agiert Herr Wulff in entsprechender Animation.

Schon nach wenigen Tagen konnten wir über 25.000 Zugriffe auf die Seite vermelden. Die SPD ist damit die erste der niedersächsischen Parteien, die im Internet schon auf Wahlkampf umgeschaltet hat.

Gebrochene Versprechen, geschönte Zahlen, gescheiterte Pläne: Die Regierungsbilanz der schwarz-gelben Koalition unter Ministerpräsident Christian Wulff ist durchaus schlechter als ihr Ruf. Unter dem Titel »Wulff und Wirklichkeit« ermöglichen wir den Niedersachsen im Internet einen Blick hinter die Kulissen der CDU-Parolen.

Wir zeigen auf, dass es der Politik Wulffs zwar nicht an Theatralik, jedoch



umso mehr an Substanz und Konsequenz mangelt.

Neben sachlichen Informationen zur Regierungspolitik findet sich auf der Seite auch das Tagebuch des Ministerpräsidenten. Lest hier, welche Gedanken »Wackel-Wulff« bei seinen Regierungsgeschäften durch den Kopf schießen. Leider nur fiktional – aber der Wirklichkeit näher als der Wulff. ■

Mehr unter www.wackel-wulff.de und www.wulff-und-wirklichkeit.de.

Gedenken an Kurt Schumacher auf dem Ricklinger Friedhof in Hannover. Zum 55. Todestag am 20. August ehrten Hannovers SPD-Geschäftsführer Stefan Schostok und der Vorsitzende des SPD-UB Region Hannover, Heiner Aller, den großen Sozialdemokraten mit einem Kranz des Parteivorstandes.



SCHWUSO-STAMMTISCH

Der erste Schwuso-Stammtisch im SPD-Bezirk Hannover findet am 15. September 2007 in Hannover statt. Dabei soll in lockerer Atmosphäre eruiert werden, wie sich die Zusammenarbeit von Lesben und Schwulen im Bezirk Hannover organisieren lässt. Außerdem geht es um die Frage, mit welchen Themen sich Lesben und Schwule in den Landtagswahlkampf für Wolfgang Jüttner einbringen können und welche gegenseitige Unterstützung dabei möglich ist.

Der erste Schwuso-Stammtisch wird ab 19.30 Uhr in der Destille, Im Moore 3, 30167 Hannover abgehalten.

Kontakt für Anmeldung, Rückfragen und Wegbeschreibung: Detlef Gerberding, 0511.7606462, detlef.gerberding@htp-tel.de